

# Europäischer Policy Brief

## ■ *Aufbau von Vertrauen und Misstrauen in den Medien: Die Rolle von Desinformation und Medienfreiheit*

### Die Rolle der Medien bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen in schwierigen Zeiten

Soziale Medien bieten einen Raum, in dem Meinungen geäußert, Nachrichten verfolgt und politische und gesellschaftliche Entwicklungen angefochten werden können. Sie ergänzen damit traditionelle Medien (Radio, Fernsehen und Presse) und beeinflussen etablierte Formen der Nachrichtenproduktion und des Nachrichtenkonsums. Sie bieten einen Raum für offene Debatten, der dem Wunsch der BürgerInnen nach öffentlicher Beteiligung entspricht. De facto schaffen sie aber auch eine Plattform, um zu polarisieren, Falsch- oder Desinformationen zu verbreiten und Personen und Institutionen anzugreifen. Gleichzeitig befinden sich die traditionellen Medien im Hinblick auf Leserschaft, Geschäftsmodelle und journalistische Praktiken im Wandel. In diesem neuen Medienkontext werden zunehmend gezielte Desinformationen verbreitet, die die Bevölkerung verunsichern und Misstrauen gegenüber Politik, Demokratie und Wissenschaft schüren. Desinformationen und Verschwörungserzählungen gewannen während der Covid-19-Pandemie auf Social-Media-Plattformen besondere Bedeutung, wo sogenannte "alternative Nachrichten" und "alternative Fakten" verstärkt verbreitet wurden.

Diese Entwicklung hat das EnTrust-Projekt dazu veranlasst, sich mit der Rolle der Medien

bei der Bildung und Anfechtung von Vertrauen in Politik zu Krisenzeiten zu befassen.

Das EnTrust-Projekt untersucht Vertrauen und Misstrauen in Politik und Regulierung aus verschiedenen Blickwinkeln. Ein Teil seiner Forschung beschäftigt sich mit der sich verändernden Rolle des Journalismus bei der Vertrauensvermittlung zwischen Politik, wissenschaftlicher Expertise und BürgerInnen sowie den Auswirkungen digitaler Medientechnologien. Die Forschung beleuchtet die Bedingungen, unter denen Medienberichterstattung über Politik und wissenschaftliche Fakten zu einer informierten Meinungsbildung führen kann. Gleichzeitig geht es auch um jene Bedingungen, die stattdessen zu einer Polarisierung politischer Meinungen beitragen, welche die Vertrauenswürdigkeit von WissenschaftlerInnen, Regierungen und politischen VertreterInnen in Frage stellen. Die Erkenntnisse wurden durch eine vergleichende Medienanalyse der Nachrichtenberichterstattung während der Covid-19-Pandemie und eine zusätzliche Analyse von Nutzerkommentaren auf den Facebook-Seiten der Zeitungen gewonnen. Darüber hinaus beruhen sie auf ausführlichen Interviews mit JournalistInnen und anderen Akteuren, die sich mit Faktenüberprüfung und der Bekämpfung von Desinformation befassen. Die Untersuchungen wurden in sieben europäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Serbien und der Tschechischen Republik) durchgeführt. Zentrale Ergebnisse wurden im Rahmen einer Expertenrunde mit VertreterInnen

zivilgesellschaftlicher Organisationen, des Europarats und der Europäischen Kommission vorgestellt und diskutiert.

Auf Grundlage des EnTrust-Forschungsberichts und der Expertendiskussion wurden eine Reihe von Schlüsselproblemen und politischen Empfehlungen herausgearbeitet, die im Folgenden dargestellt werden.

### ***#Nr. 1: Verhinderung von Online-Desinformation und Durchsetzung der Achtung der Menschenrechte auf Online-Plattformen***

Negative Auswirkungen unregulierter sozialer Medien zu untersuchen, ist umso wichtiger geworden, da immer mehr BürgerInnen Nachrichten über soziale Medien rezipieren, die einen unmittelbaren Zugang zu Informationen bieten. Darüber hinaus wenden sich die Menschen in einigen europäischen Ländern den sozialen Medien zu, weil das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien gering ist oder abnimmt. Um gegen Online-Desinformation vorzugehen, haben die politischen Entscheidungsträger der EU Schritte in Richtung einer Ko-Regulierung unternommen. Nach Auffassung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medienexperten sind die derzeitigen Instrumente jedoch nicht ausreichend.

Der überarbeitete Verhaltenskodex für Desinformation ist ein wichtiges Instrument, um gegen Online-Desinformation vorzugehen, aber er muss eine strenge Durchsetzung und Überwachung der Verpflichtungen gewährleisten, vorzugsweise als Ko-Regulierungsmechanismus im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste. Ein wichtiger Aspekt ist Transparenz in Bezug auf gezielte (politische) Werbung. Die NutzerInnen sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Informationen, die sie sehen, von Algorithmen und

Finanzierungsquellen abhängen (wer zahlt für die Inhalte, die sie sehen). Ein weiterer wesentlicher Aspekt betrifft die Inhaltsmoderation, die einen menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgen und sicherstellen sollte, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung respektiert wird. Dabei sollte dieses Recht sowohl für NutzerInnen als auch für all jene gewährleistet werden, über die gesprochen wird.

Außerdem ist zu bedenken, dass Desinformation nicht frei von Vorurteilen ist. Organisationen der Zivilgesellschaft betonen, dass diskriminierende Desinformation (z. B. geschlechtsspezifische Desinformation) in der sozialen Medienlandschaft weit verbreitet ist. Die diskriminierenden Auswirkungen auf die soziale und politische Teilhabe betroffener Gruppen sollten in Rechtsinstrumenten anerkannt werden, die sowohl die digitale als auch die physische Sphäre regulieren.

Vor dem Hintergrund der Desinformation in den sozialen Medien ist es von entscheidender Bedeutung, auf die jüngsten Fortschritte in Bezug auf das KI-Gesetz der EU hinzuweisen. Die Gesetzgeber haben sich auf eine vorläufige Fassung des Gesetzes geeinigt, die nun mit dem Rat der Europäischen Union und den EU-Mitgliedstaaten verhandelt werden soll. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung der KI-Technologie betonen ExpertInnen und die Zivilgesellschaft immer wieder die Notwendigkeit, die Grundrechte bei der Anwendung von KI zu wahren, unabhängig vom Nutzer. Es gibt auch Bedenken hinsichtlich der potenziell nachteiligen Auswirkungen von KI-Systemen auf marginalisierte Gruppen, die systemische Probleme und Ungleichheiten verschärfen könnten.

Es besteht allgemeines Einvernehmen darüber, dass neue Rechtsinstrumente auf

harmonisierte Weise in den bestehenden Rechtsrahmen integriert werden müssen. Ein Multi-Stakeholder-Ansatz, der JournalistInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und WissenschaftlerInnen einbezieht, stellt sicher, dass unterschiedliche Anliegen bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften berücksichtigt werden. Insbesondere in einem sich so schnell entwickelnden Umfeld wie der digitalen Welt müssen die Umsetzung und die Relevanz der Rechtsvorschriften kontinuierlich überwacht werden, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten.

### ***#Nr. 2: Förderung und Finanzierung von Bildungsprogrammen zur Verbesserung der Medienkompetenz***

Bildungsmaßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz (die Fähigkeit, Informationen aus verschiedenen Quellen kritisch zu verstehen und zu bewerten) sind wichtig, um der Problematik von Desinformation und Propaganda auf Online-Plattformen und in den Medien besser begegnen zu können. Die Befähigung und Sensibilisierung der BürgerInnen, Medienberichten mit einem gewissen Maß an Misstrauen zu begegnen, kann die Verbreitung von Desinformationen eindämmen. Die BürgerInnen sollten bewährte Praktiken der Mediennutzung und Fähigkeiten zur Navigation im digitalen Nachrichtenraum entwickeln.

Geeignete Bildungsangebote für junge Menschen sind angesichts ihrer vielfältigen und sich schnell verändernden Online-Aktivitäten besonders wichtig. Lehrkräfte müssen angemessen qualifiziert sein, um ihren SchülerInnen Medienkompetenz zu vermitteln. Die Medienkompetenzschulung kann in den Lehrplan eingebettet oder auf speziellen Schulveranstaltungen angeboten werden. Es können

Kontakte zu anderen Schulen geknüpft werden, die erfolgreich Medienkompetenzschulungen durchgeführt haben. Ebenso können die Schulen vom Fachwissen von JournalistInnen, IT-SpezialistInnen und anderen Berufsgruppen profitieren.

Nationale und lokale Behörden sollten im Einklang mit Artikel 33a der überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste Bildungsprogramme zur Verbesserung der Medienkompetenz fördern und finanzieren. Fachwissen kann bei Organisationen der Zivilgesellschaft (z. B. Lie Detectors) oder europäischen akademischen Netzwerken (z. B. der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien) gefunden werden, die Schulungen für LehrerInnen und SchülerInnen zur Erkennung von Desinformation und zur Überprüfung von Fakten entwickelt haben. Das Projekt "Free to Speak - Safe to Learn - Democratic Schools for All" des Europarats ist ein weiteres Beispiel dafür, wie solche Schulungen auf europäischer Ebene unterstützt werden können.

### ***#Nr. 3: Medieneigentum transparent machen und unabhängige Nachrichtenberichterstattung sicherstellen***

In mehreren EU-Mitgliedstaaten erleben wir den Missbrauch und die Vereinnahmung der Medien für die Agenden politischer Akteure und die Interessen von Wirtschaftsmagnaten. Es ist daher wichtig zu verstehen, wie Unternehmen strukturiert sind und wie sich die Finanzierung auf die Medieninhalte auswirkt, nicht nur um den BürgerInnen eine unparteiische Berichterstattung zu bieten, sondern auch um das Vertrauen in die Demokratie (wieder) aufzubauen.

Rechtsinstrumente wie der vorgeschlagene Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit

(EMFA) oder der Europäische Aktionsplan für Demokratie zielen darauf ab, Interessenkonflikte und Monopole aufzudecken und die redaktionelle Unabhängigkeit in der europäischen Medienlandschaft zu stärken. Organisationen der Zivilgesellschaft und JournalistInnen befürchten jedoch, dass die Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Anforderungen an Medienfreiheit und Pluralismus zu erfüllen, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegt sind.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die europäischen Standards für öffentlich-rechtliche Medien einhalten und umsetzen, indem sie "die Regeln und Mechanismen zur Stärkung der unabhängigen Führung und der redaktionellen Unabhängigkeit" (EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022) solcher Einrichtungen stärken. Das Medieneigentum muss transparent sein. Gleichzeitig müssen die vorhandenen Mechanismen den europäischen Standards für die Unabhängigkeit der Medienaufsichtsbehörde entsprechen, wie in den Empfehlungen des Rechtsstaatlichkeitsberichts 2022 betont wird.

Organisationen der Zivilgesellschaft und JournalistInnen fordern, dass ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der sicherstellt, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung sowohl in privaten als auch in öffentlichen Medienunternehmen gewahrt bleibt. Um der Vereinnahmung und Konzentration von Medien entgegenzuwirken, sollten die EU und die Mitgliedstaaten ihre finanzielle Unterstützung für Aktivitäten zur Förderung einer unabhängigen und unvoreingenommenen Nachrichtenberichterstattung ausweiten, wie z. B. Projekte für investigativen Journalismus oder Faktenüberprüfung oder andere Unternehmungen, die zum Medienpluralismus beitragen, und dabei die Empfehlung CM/Rec

(2022)4 des Europarats zur Förderung eines günstigen Umfelds für Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter berücksichtigen.

Eine öffentliche Finanzierung sollte weiterhin die Bezahlbarkeit und Verbreitung professionell erstellter, unverfälschter Nachrichten über verschiedene Kanäle gewährleisten. Qualitätsjournalismus ist ein öffentliches Gut und muss erhalten werden, um die BürgerInnen mit faktenbasierten und vertrauenswürdigen Informationen zu versorgen.

#### ***# Nr. 4: Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit von JournalistInnen***

Neben den Gefährdungen, die Medienstrukturen und Qualitätsjournalismus betreffen, gibt es auch eine wachsende Bedrohung für JournalistInnen selbst. Sie sehen sich zunehmend Diffamierungen, Hassreden, Gewalt und Überwachung ausgesetzt, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren mit antidemokratischer Gesinnung ausgeübt werden. Dies geschieht sowohl in physischen als auch in digitalen Räumen, was erneut die Notwendigkeit eines menschenrechtsbasierten Ansatzes für die Moderation von Inhalten unterstreicht. Im Jahr 2022 registrierte die vom Europarat betriebene Plattform für die Sicherheit von Journalisten doppelt so viele Warnungen wie im Jahr 2019, wobei 12 weitere Länder betroffen waren. Dieser Trend bedroht nicht nur die Sicherheit von JournalistInnen, sondern auch die Qualität der journalistischen Arbeit, da er zu selbst auferlegter Zensur führt. Der Missbrauch von Gesetzen zur Einschüchterung und Verfolgung kritischer Meinungen gefährdet die journalistischen Freiheiten und verletzt die Grundrechte.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der EMFA wächst die

Sorge, dass der Rat sich auf einen gefährlichen Weg begibt, um unzulässige Formen der Überwachung von JournalistInnen und ihren Quellen zu legitimieren. Besonders besorgniserregend ist die Haltung Frankreichs, das sich für eine Ausnahme vom allgemeinen Verbot des Einsatzes von Spähsoftware gegen JournalistInnen eingesetzt hat und damit riskiert, dass Spähsoftware als legitimes Ermittlungsinstrument ausgelegt wird.

Organisationen der Zivilgesellschaft und JournalistInnen betonten die Bedeutung von Rechtsvorschriften zum Schutz von JournalistInnen und ihrer Arbeit in physischen und virtuellen Räumen. Die Sicherheit der JournalistInnen sollte unter Einhaltung der europäischen Standards für den Schutz von JournalistInnen gewährleistet werden.

Die EMFA sollte den Schutz von Quellen und Hinweisgebern durch die Umsetzung der Empfehlung CM/Rec(2016)4 des Europarats zum Schutz des Journalismus und der Sicherheit von JournalistInnen und anderen Medienakteuren stärken. Der Rat der EU und das Europäische Parlament müssen sicherstellen, dass der endgültige Text der vorgeschlagenen Richtlinie und der Empfehlung wirksam ist, um strategische Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit (SLAPPs) zu verhindern, nicht zuletzt, um unbeabsichtigten Ergebnissen des Regulierungsrechts entgegenzuwirken.

Der Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022 empfiehlt für einige EU-Mitgliedstaaten faire, transparente und diskriminierungsfreie Verfahren für die Erteilung von Betriebslizenzen an Medienunternehmen. Darüber hinaus sollten JournalistInnen einen Rechtsanspruch auf Informationen von öffentlichen Behörden haben und Zugang zu Regierungsdokumenten erhalten, wobei stets europäische Standards

einzuhalten sind. Die Regierungen sollten durch ihr Handeln signalisieren, dass eine kritische Bewertung politischer Entscheidungen und informiertes Misstrauen in einer demokratischen Gesellschaft hoch geschätzt werden.

### **Forschungshintergrund: unterstützende Untersuchungsergebnisse**

Die oben dargelegten politischen Empfehlungen beruhen auf Erkenntnissen aus der EnTrust-Forschung. Insbesondere stützen sich die Empfehlungen auf die Ergebnisse unserer standardisierten Inhaltsanalyse einer repräsentativen Stichprobe von 800 Aussagen über Vertrauen und Misstrauen je Land, die in Artikeln von drei verschiedenen Zeitungen in jedem der sieben Länder (Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Serbien und der Tschechischen Republik) und innerhalb von vier vordefinierten Zeiträumen (März 2020 - April 2020, September 2020 - Oktober 2020, Dezember 2020 - Januar 2021, März 2021 - April 2021) veröffentlicht wurden, sowie von 250 vertrauensbezogenen Nutzerkommentaren pro Land auf den Facebook-Seiten der Zeitungen. Diese Studien gaben Aufschluss über den Grad des Vertrauens in bestimmte Informationsquellen (Regierung, Wissenschaft und Medien) während der Covid-19-Pandemie und das Ausmaß, in dem dieses Vertrauen in der Öffentlichkeit angefochten wird. Darüber hinaus wurden pro Land 10 ausführliche Interviews mit JournalistInnen, Behörden und Akteuren der Zivilgesellschaft (im Folgenden "ExpertInnen") geführt, die an Projekten zur Überprüfung von Fakten oder zur Bekämpfung von Desinformation beteiligt sind, um die UrheberInnen von Desinformationen, die Bedingungen für ihre

Verbreitung und ihre Resonanz in öffentlichen Debatten zu ermitteln und um erfolgreiche Gegenstrategien zur Eindämmung und Verhinderung der Verbreitung von Desinformationen und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der BürgerInnen zu ermitteln.

### **Wichtigste Ergebnisse**

#### **# Vertrauen in Informationsquellen**

Unsere Forschungsergebnisse bestätigen, dass die Medien eine wichtige Rolle als Arena der Vertrauensbildung und der Auseinandersetzung über Vertrauen in politische Institutionen, Wissenschaft und ExpertInnen spielen, wenn auch mit erheblichen Unterschieden je nach Medientyp. Einerseits zeigt unsere Medieninhaltsanalyse, dass die Mehrheit der Mainstream-Zeitungen eine ausgewogene Sichtweise von begründetem Vertrauen oder Misstrauen durch sachliche Aussagen zum Ausdruck bringt, und dass JournalistInnen extremistischen Positionen oder polarisierten Meinungen keinen hohen Stellenwert einräumen. Urteile über die Vertrauenswürdigkeit bestimmter Akteure greifen in der Regel auf sachliche Argumente zurück. Kompetenz und Expertise sind ausschlaggebend für die Zuschreibung von Vertrauen in politische Akteure und WissenschaftlerInnen. Beim genaueren Vergleich der sieben untersuchten Länder zeigen sich Unterschiede (z. B. ist das Vertrauen in die Regierung in Zeiten der Pandemie in Italien hoch, während das Misstrauen in die Regierung in Deutschland, Tschechien und Polen stärker ausgeprägt ist). In der Grundtendenz aber spielen die klassischen Medien eine konstruktive Rolle und tragen zu einer fundiert kritischen Debatte bei, in der Vertrauen und Misstrauen in Politik,

Wissenschaft und Expertise weitestgehend ausgewogen abgebildet werden.

Andererseits zeigt unsere Analyse der Facebook-Nutzerkommentare, dass sich die NutzerInnen sozialer Medien hauptsächlich kritisch gegenüber den Nachrichten und überwiegend misstrauisch gegenüber etablierten Sprechern äußern. Oftmals zielen Nutzerkommentare in erster Linie darauf ab, das Vertrauen in Regierung und Wissenschaft zu untergraben und nicht zu unterstützen. Das Bild ist jedoch differenzierter, denn eine beträchtliche Anzahl von NutzerInnen unterstützt in ihren Kommentaren auch die Aussagen von Regierung, Wissenschaft oder anderen Akteuren, die in den Nachrichten zu Wort kommen. Bemerkenswert ist das unterschiedliche Argumentationsmuster in den Kommentaren der sozialen Medien. Im Gegensatz zur überwiegend sachlichen Argumentation im professionellen Journalismus beziehen sich Nutzerkommentare häufiger auf Werte, um ihre Aussagen zu untermauern. Während soziale Medien also inklusiver sind, da sie MediennutzerInnen und BürgerInnen Raum bieten, ihre Stimme im öffentlichen Raum zu erheben, scheint das Format der sozialen Medien kein geeigneter Raum für eine ausgewogene und begründete Diskussion über Vertrauen und Misstrauen in Regierungen zu sein. Dieser strukturelle Mangel hat mit der Tatsache zu tun, dass soziale Medien nie für öffentliche Debatten erschaffen wurden, sondern als Raum für kommerzielle Interessen und Werbezwecke.

Unsere Medieninhaltsanalyse zeigt also, dass sich verschiedene Medien in der Art und Weise, wie sie zur Vertrauensbildung in demokratischen Gesellschaften beitragen, erheblich unterscheiden. Kritische Nachrichtenberichterstattung sollte ein Bezugspunkt für alle

Medien sein. Das bedeutet, dass traditionelle Medien und professioneller Journalismus zuverlässiger sind als soziale Medien, da erstere eine kritische Nachrichtenberichterstattung und -diskussion betreiben und damit einen ausgewogenen Ansatz des aufgeklärten oder skeptischen Vertrauens fördern. Letztere hingegen begünstigen die Bildung einer weniger ausgewogenen und stärker polarisierten Arena öffentlicher Meinungsbildung. Diese allgemeinen Beobachtungen müssen jedoch in zweierlei Hinsicht relativiert werden. Aus unseren Daten geht hervor, dass die klassischen Medien in einigen Ländern (insbesondere Dänemark und Deutschland) stärker auf aufgeklärtes Vertrauen setzen, während etablierte Medien in anderen Ländern (Griechenland, Serbien und Polen) einen weniger ausgewogenen und stärker polarisierten Ansatz verfolgen. Was die sozialen Medien betrifft, so ist die Kommentierung durch die BürgerInnen in Dänemark etwas weniger unausgewogen, in den anderen sechs untersuchten Ländern jedoch sehr stark parteiisch und tief in einem misstrauischen Meinungsklima verankert.

Diese Ergebnisse bestätigen die Notwendigkeit, die negativen Auswirkungen der sozialen Medien im Hinblick auf Desinformation und Polarisierung zu begrenzen (Empfehlung Nr. 1). Sie unterstreichen aber gleichsam die Notwendigkeit, unabhängige Medien und kritischen Journalismus zu unterstützen (Empfehlung Nr. 3).

Weitere Belege für diese Empfehlungen liefert die im EnTrust-Bericht vorgestellte Analyse der verfügbaren Umfragedaten. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Teile der Bevölkerung dazu neigen, den traditionellen Medien mit ihrer ausgewogeneren und fundierteren Berichterstattung zu misstrauen, während sie gleichzeitig den sozialen Medien mit ihren

eher einseitigen Informations- und Meinungsverbreitungsmustern vertrauen. Die Analyse zeigt außerdem, dass es Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Dies legt nahe, dass in einigen Ländern dringender Handlungsbedarf besteht als in anderen. Was das Vertrauen in Medien und Journalismus als Hauptinformationsquellen während der Pandemie betrifft, so ist Dänemark ein Land mit hohem Vertrauen, während Deutschland und Tschechien als Länder mit mittlerem Vertrauen gelten. In Griechenland und Serbien ist das Vertrauen in die Medien und den Journalismus gering, und in Polen und Italien sind die Einstellungen polarisiert und zeigen sowohl ein hohes Maß an Vertrauen als auch Misstrauen. Ein Problem ergibt sich vor allem in den Ländern, in denen weit verbreitetes Misstrauen gegenüber dem Mainstream-Journalismus und den öffentlich-rechtlichen Medien einhergeht mit einem höheren Vertrauen in soziale Medien als relevante alternative Nachrichtenquelle. Dies gilt natürlich nicht für die meisten Länder, in denen das Vertrauen in die traditionellen Medien größer ist, da die BürgerInnen dieser Länder auch privaten Websites und sozialen Medien eher wenig Vertrauen entgegenbringen.

### ***# Gegenstrategien zur Eindämmung und Verhinderung der Verbreitung von Desinformation***

Die Ergebnisse unserer vergleichenden Analyse der Experteninterviews liefern auch empirische Belege für die Notwendigkeit, die Rolle der sozialen Medien bei der Desinformation zu begrenzen (Empfehlung Nr. 1) und unabhängige Medien und den Journalismus zu unterstützen (Empfehlung Nr. 3). Die befragten ExpertInnen beobachteten eine Zunahme von Desinformation und (ausländischer) Staatspropaganda, die durch die Covid-19-

Pandemie und später den Krieg in der Ukraine beschleunigt wurde. Diese Entwicklung hat auch zu Sicherheitsbedenken geführt. Um dieser Herausforderung der Verbreitung von Desinformationen außerhalb der institutionalisierten Medienkanäle zu begegnen, sehen die ExpertInnen die Notwendigkeit, die Rolle professioneller JournalistInnen als "VertrauensvermittlerInnen" auch auf Nachrichtenplattformen in den sozialen Medien zu stärken, beispielsweise, indem der offene Zugang zu faktengeprüften Nachrichten erleichtert oder Informationsquellen transparent gemacht werden. Medien- und KommunikationsexpertInnen betonen auch die Notwendigkeit eines verbesserten Plattfordesigns, um beispielsweise zu vermeiden, dass unkontrollierte Algorithmen alternative Medien gegenüber evidenzbasierten Nachrichten bevorzugen.

Die Selbstregulierung von Social-Media-Plattformen wird zunehmend als unzureichend angesehen, und einige ExpertInnen schreiben der EU eine wichtige Rolle bei der Ko-Regulierung der Plattformen zu. Rein marktgesteuerte Online-Räume würden der Verbreitung von Desinformationen Vorschub leisten, und es sei wichtig, solche Informationen zu demontieren. In diesem Zusammenhang betonen die ExpertInnen, wie wichtig es sei, bei der Bekämpfung von Desinformation demokratische Grundsätze wie das Recht auf freie Meinungsäußerung zu respektieren. Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein und das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheiten und Kontrolle gewährleisten.

In den Experteninterviews wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Medienkompetenz der europäischen Bevölkerung systematischer zu fördern. Was die Bildung betrifft, so waren sich die ExpertInnen einig, dass

Bildungsprogramme notwendig sind, um die Widerstandsfähigkeit gegen Online-Desinformation zu verbessern, die seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie immer häufiger vorkommt. Sie fordern Schulungen zur Medien- und Nachrichtenkompetenz und zum reflektierten Umgang mit den Medien sowie die Unterstützung von Initiativen zur Überprüfung von Fakten.

### **# Sicherheit von JournalistInnen**

Ein wiederkehrendes Thema in den Expertengesprächen war das Problem der Sicherheit des unabhängigen Journalismus. Die ExpertInnen äußerten sich besorgt über die Zunahme von Verleumdungskampagnen und Hassreden in den sozialen Medien, die dem Ruf und der Sicherheit von JournalistInnen geschadet haben. Mehrere JournalistInnen wiesen auch darauf hin, dass es in letzter Zeit vermehrt zu verbalen oder körperlichen Angriffen auf ReporterInnen durch nichtstaatliche Akteure gekommen sei, beispielsweise bei Demonstrationen oder bei der Durchführung von Interviews. In anderen Fällen äußerten sich die MedienexpertInnen besorgt über staatliche Akteure, die ihre Macht ausnutzten und JournalistInnen verbal angriffen und einschüchterten, wie beispielsweise in Serbien. Die Experteninterviews stimmen darin überein, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um einen unabhängigen und kritischen Journalismus zu unterstützen, der auch von den BürgerInnen in den verschiedenen untersuchten Ländern weitgehend als vertrauenswürdige Informationsquelle angesehen wird.

---

## Forschungsparameter und Projektinformationen

Das EnTrust-Projekt wird von der EU im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont2020 finanziert (Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572). Die in diesem Papier vorgestellten Empfehlungen und Ergebnisse basieren auf dem Integrierten Bericht über Vertrauen und Medien sowie auf einer ExpertInnen-Diskussionsrunde zwischen dem Forschungsteam und den folgenden ExpertInnen: Barbora Bukovská, Artikel 19; Artemiz Tatiana Chisca, Europarat - Abteilung Medien- und Internetverwaltung; Audrius Perkauskas, Europäische Kommission - GD Connect - Politik für audiovisuelle und Mediendienste; Renate Schröder, Europäische Journalistenvereinigung; Harry Panagopoulos, Europäische Kommission - GD Just - EU-Bürgerrechte und Freizügigkeit; Jan Penfrat, Europäische Digitale Rechte; und Alberto Rabbachin, Europäische Kommission - GD Connect - Medienkonvergenz und soziale Medien.

Das EnTrust-Konsortium besteht aus acht Partnerteams, die in sieben Ländern (der Tschechischen Republik, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Italien, Polen und Serbien) und auf EU-Ebene forschen und ihre Ergebnisse verbreiten. Der Arbeitsplan besteht aus sieben Arbeitspaketen, die der systematischen Analyse und Reflexion verschiedener Aspekte des Themas gewidmet sind:

1. Theoretische und normative Grundlagen von Vertrauen und Misstrauen
2. Vertrauen und Misstrauen in Alltagsinteraktionen mit öffentlicher Verwaltung
3. Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen

4. Die Rolle der Medien beim Aufbau von Vertrauen und Misstrauen: Information oder Polarisierung?
5. Entwicklungspsychologische Einblicke in Vertrauen und Misstrauen
6. Vertrauen und Misstrauen der BürgerInnen in Politik: Formen, Determinanten, Auswirkungen und Abhilfemaßnahmen
7. Vertrauen und Misstrauen in der Zivilgesellschaft: Vorbilder und Empfehlungen

Weitere Arbeitspakete befassen sich mit der Verbreitung, Nutzung und Kommunikation von Forschungsergebnissen, Management und ethischen Fragen.

**Weitere Informationen über das EnTrust-Projekt finden Sie unter [www.entrust-project.eu](http://www.entrust-project.eu).**

### Konsortium:

[Civil Society Europe](#) (Brüssel, Belgien)

[Masaryk University](#) (Brno, Tschechien)

[Panteion University of Social and Political Sciences](#) (Athen, Griechenland)

[University of Belgrade, Institute of Philosophy and Social Theory](#) (Serbien)

[University of Copenhagen](#) (Dänemark)

[Universität Siegen](#) (Deutschland)

[University of Siena](#) (Italien)

[University of Warsaw](#) (Polen)

### Social Media Links



### Kontakt

Prof. Dr. Christian Lahusen  
Projektkoordinator  
Universität Siegen  
Seminar für Sozialwissenschaften  
Adolf-Reichwein-Str. 2  
D- 57068 Siegen – Germany

e-mail: [entrust@uni-siegen.de](mailto:entrust@uni-siegen.de)

Carlotta Besozzi  
Projektpartner  
Civil Society Europe  
Rue du Congrès 13,  
B- 1000 Brussels – Belgien

e-mail: [contact@civilsocietyeurope.eu](mailto:contact@civilsocietyeurope.eu)

---

#### Projektinformationen

Art des Projekts: Gemeinschaftsprojekt  
Aufruf: H2020 SC6 GOVERNANCE-01-2019: Trust in Governance  
Starttermin: Februar 2020  
Dauer: 48 Monate  
Koordinator: Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen  
Fördervereinbarung Nr.: 870572  
EU-finanziertes Projektbudget: 2,978,151.25 €



Dieses Projekt wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572 gefördert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.

[www.entrust-project.eu](http://www.entrust-project.eu)

---